



# Jugend im Landtag 2021

Arbeitskreis 2  
„Schule – Ausbildung“

---

**JiL 34/14**  
**Philippa Petersen**

*Klimaschutz als Teil der Bildung- und Entwicklungsziele*

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag; Die Landesregierung; Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur; Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ fordert die Ergänzung von Klimaschutz und der Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels in § 4 des Schulgesetzes.

**Begründung:** § 4 des Schulgesetzes beschreibt die Bildungs- und Entwicklungsziele für Bildungseinrichtungen in Schleswig-Holstein. Unter anderem geht es dabei um Schüler\*innen zum eigenständigen Denken zu befähigen, Suchtprävention oder der Befähigung zum Umgang mit der Digitalisierung. Ebenso soll laut diesem die Schule Verständnis für Natur und Umwelt schaffen und die Bereitschaft wecken, an der Erhaltung der Lebensgrundlagen von Pflanzen, Tieren und Menschen mitzuwirken. Da der Klimawandel in den kommenden Jahren unser Leben maßgeblich beeinflussen wird sollten Schüler\*innen dazu befähigt werden zu diesem Thema eine eigenständige Meinung zu finden und einen Umgang mit der uns drohenden Krise zu finden. Da der Klimawandel und das 1,5 Grad Ziel wissenschaftlich belegt sind ist dieses keine Vermittlung persönlicher Meinung im Schulunterricht.

**JiL 34/15**  
**Hauke Blaas**

*Neue Schwerpunktsetzung für Schulen*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

In Schulen aller Formen möge der Anteil an traditionellen Lernfächern wie Mathematik reduziert werden und stattdessen ein größeres Angebot an Fächern mit einem erkennbaren Wert für das spätere Leben, beispielsweise berufliche Orientierung in den Stundenplan gebracht werden.

**Begründung:** Es ist ein offenes Geheimnis, dass Schüler auf der ganzen Welt sich frustriert mit ihrem Unterricht fühlen. Dies hängt maßgeblich mit drei Faktoren zusammen. Zum einen besteht der Schulunterricht zu einem unnötig großen Anteil aus dem auswendig lernen von größtenteils irrelevanten Fakten. Zweitens wird die zentrale Fertigkeit, die man in der Schule braucht, die Fertigkeit, Dinge zu lernen wenig bis gar nicht gelehrt. Der dritte Punkt, der weitgehend Schüler plagt ist eine fehlende Perspektive auf die Zeit nach der Schule. Mit Ausnahme von vereinzelten improvisierten Initiativen wird auf dieses Problem keine Perspektive geboten. Mein Vorschlag also ist eine gänzlich andere Schwerpunktsetzung in Schulen. Der Hauptfokus sollte auf einem neuen Fach liegen, in dem auf jeden Schüler zugeschnitten Lerntechnik, sowie das Vorbereiten von Präsentationen und Gruppenarbeiten beigebracht wird und berufliche Orientierung geboten wird. Die klassischen Lernfächer, wie Mathematik würden als Überprüfung der in diesem neuen Fach gelernten Lerntechnik dienen, anstatt sich als den Hauptaspekt, den Schüler in ihr Leben mitnehmen zu sehen.

**JiL 34/16**  
**Philipp Koop**

*Anpassung des Sportunterrichts in den Schulen*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den Lehrplan des Sportunterrichts aller Schularten so anzupassen, dass alle Schüler\*innen, trotz ihres Geschlechts, Ethnie, Größe, sowie Muskel- und Fettgewebsverteilung die Chance auf gleiche Noten haben.

**Begründung:** Auf Grund von Geschlecht, Ethnie, Größe, oder Muskel- und Fettgewebsverteilung sind manche Schüler\*innen im Sportunterricht stark benachteiligt. So werden im Sportunterricht nur Leistungen gewertet, wie z.B. ein Schüler beim Weitsprung gesprungen ist und nicht die Technik, welche beim Springen angewendet wurde. Ebenfalls werden fast ausschließlich nur körperliche Leistungen bei der Notengebung berücksichtigt und keine geistigen, wie in den meisten anderen Fächern. Personen, die z.B. auf Grund einer Schilddrüsenerkrankung fettleibig sind, werden auf Grund ihres Übergewichts bei der Notengebung benachteiligt. Man könnte bspw. eine Formel aufstellen, bei der alle grundlegenden Faktoren einbezogen, die einen Nachteil für Schüler\*innen sein könnten.

**JiL 34/17**  
**Hannah Bockholt**

*Freihaltungen im Stundenplan für AGs*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein soll unterstützen, dass Schulen an einem Tag in der Woche den Stundenplan so gestalten, dass nach der Schule Arbeitsgemeinschaften stattfinden können. Es müssen also alle Schülerinnen, Schüler und Lehrer zur selben Zeit Unterrichtsschluss haben.

**Begründung:** Heutzutage ist es oft nicht möglich AGs Klassen- oder Jahrgangsübergreifend zu veranstalten. Denn meistens ist es schwierig einen Termin zu finden, an dem alle Schülerinnen, Schüler und der betreuende Lehrer zur selben Zeit Schluss haben. Das führt dazu, dass man entweder in der Schule warten muss oder eben nicht teilnimmt. Dadurch nehmen an einigen Arbeitsgemeinschaften nur wenige Schüler und Schülerinnen teil oder die AG fällt ins Wasser. Das ist zum einen kontraproduktiv für die Schulgemeinschaft, da jahrgangsübergreifende Kontakte erschwert werden. Zum anderen wird es den Schülern erschwert, sich zu engagieren. In der Schule könnte man tolle Dinge voranbringen, was sicherlich auch der Wille der Schulleitung ist. Allerdings braucht man dafür gewisse Voraussetzungen und die sind momentan an vielen Schulen nicht gegeben.

**JiL 34/18**  
**Julian Antonius Geist**

*Einführung einer Wahlfreiheit für Schüler, Studenten und Lehrkräfte zur Benutzung von generischem Maskulinum und der  
gendergerechten Sprache*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert,

- die Regularien im Bereich der gendergerechten Sprache an Schulen und Hochschulen aufzuheben, und somit Verantwortung über die eigene Wortwahl an Schüler, Studierende sowie Lehrkräfte zu geben
- die andere Bewertung der gendergerechten Sprache und dem generischen Maskulinum zu unterbinden
- die gendergerechte Sprache in die Abiturprüfungsverordnung aufzunehmen

**Begründung:** Eine jede Freiheitseinschränkung muss gerechtfertigt sein. Das Verbot der gendergerechten Sprache an Schulen ist ungerechtfertigt, da es sich bei der gendergerechten Sprache um eine in der deutschsprachigen Bevölkerung mehrheitlich bekannte sowie unmissverständliche Sprach-Systematik handelt.

Außerdem könnte die in der Gesellschaft entbrannten Diskussion über die gendergerechte Sprache, durch eine geforderte Wahlfreiheit diesbezüglich in den Bildungseinrichtungen, entschärft werden. Zudem kann sich ohne Erwartungen, Druck und Vorgaben eine jeder diesbezüglich frei entfalten.

Zudem haben die Bildungseinrichtungen Orte der Neutralität zu sein. Durch Pflichten und Verbote bezüglich der gendergerechten Sprache

bzw. des Generischem Maskulinum, findet eine vermeidbare Beeinflussung statt.

Des Weiteren ist momentan das Gendern an Schulen Verboten, während es an Universitäten und Fachhochschulen teilweise vorausgesetzt und dementsprechend in die Benotung mit einbezogen wird. Daher würde eine Befreiung von Regularien eine einheitlichere Linie in unserem Bildungssystem darstellen.

### **AP 34/19**

**Niklas Binder, Kjell Berg**

*Aussetzung des Erlasses der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Verbot von Gendersternchen “\*“ und anderen Schreib- und Sprachergänzungen zur geschlechterneutralen Sprache an Schulen.*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Ministerin Karin Prien

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, den Erlass vom 09.09.2021 der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Karin Prien, in Bezug auf das Verbot von Nutzung von ergänzenden Hilfszeichen zur geschlechtergerechten Schreibweise wie Gendersternchen an Schulen per Abstimmung in der nächstmöglichen Plenarsitzung entweder zu bestätigen oder wieder zu besprechen.

**Begründung:** Ein Erlass einer Minister\*in ist etwas, was nur eine bestimmte Zeit bestehen kann. Ein wandelndes Vokabular, welches von breiten Massen der Bevölkerung angenommen wird, besteht aber immer. Eine Fars ist aber, Schüler\*innen zu verbieten, eine politische Meinung zu äußern. Genau das, zumindest ein kleines Stück, wird unserer politisierten Jugend ja mit diesem Erlass genommen.

Schüler\*innen entscheiden doch explizit, ob sie gendern wollen oder nicht. Sei es mit Gendersternchen, Binnen-I, oder Unterstrich.

Diese so alte Sprache, der wir doch alle mächtig sind, hat sich über Jahrhunderte verändert. Das Deutsch, was wir also heute sprechen, ist längst nicht mehr das, was es noch vor 300 Jahren war. Selbst vor 100, 50 oder auch 10 Jahren, hat sich das Deutsch, was wir alle heute als „Deutsch“ kennen, immer wieder verändert. Es ist also nichts Neues, dass sich unsere Sprache also der Masse anpasst.

Gebt den Schüler\*innen in unserem Land also doch die Möglichkeit, aus voller Überzeugung ihre gendergerechte Version mit Genderstern oder Binnen-I in Aufsätzen oder ähnlichen Aufgaben in Schulen zu nutzen.

Der Landtag, die Abgeordneten, unsere Volksvertreter sollen nun darüber entscheiden, ob dieses einschränkende Verbot, welches die politischen Jugend behindert, sich gendergerecht zu artikulieren, für richtig- oder dieser Erlass für überflüssig und nichtig befunden wird.

Ein starkes Statement dazu muss jetzt her.



**JiL 34/20**  
**Greta Radke**

*Mehr diverse Literatur an Schleswig-Holsteinischen Schulen*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Lehrplan für Schulen in Schleswig-Holstein diverse Literatur verankert ist. Dies bezieht sich einerseits auf die Autor\*innen, andererseits auf die Handlung und die Charaktere.

**Begründung:** Die aktuelle Pflichtlektüre im Unterricht ist geprägt von Heteronormativität, patriarchalen Strukturen, cis-Charakteren, traditionellen Rollenbildern und überwiegend männlichen Autoren. Dies spiegelt in keinsten Weise die Vielfalt unserer Gesellschaft wieder. Schüler\*innen sollten allerdings in dieser prägenden Phase den Wert von gesellschaftlicher Vielfalt anzuerkennen lernen. Dabei spielen Bücher, die verpflichtend im Unterricht behandelt werden, eine große Rolle. Sie sollten diverse anstatt lediglich traditionelle Lebensentwürfe, Rollenbilder und Charakterentwürfe transportieren, damit schon junge Schüler\*innen damit in Berührung kommen und somit auch ihren eigenen Charakter frei entfalten können.

**JiL 34/21**  
**Greta Radke**

*Verwendung geschlechtersensibler Sprache in Schleswig-Holstein*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

- Sonderzeichen im Wort im Sinne der geschlechtersensiblen Sprache im Unterricht an Bildungseinrichtungen verwendet werden dürfen, ohne dass dafür ein Fehler konstatiert wird.
- In offiziellen Schreiben der Bildungseinrichtungen sowie des Landtags, der Landesregierung und ihrer Mitglieder geschlechtersensible Sprache verwendet wird.

**Begründung:** Sprache prägt unser Denken und somit zwangsläufig unser Handeln. Durch die Nutzung der binären Sprach- und Sprechweise (z.B. “Schülerinnen und Schüler”) wird unser Denken wissenschaftlich erwiesen dahingehend beeinflusst, dass cis-Menschen als “Norm” dargestellt werden. Die Verwendung von Sonderzeichen im Wort im Sinne der geschlechtersensiblen Sprache ermöglicht es, zum Beispiel Inter, Trans, oder nicht- binäre Personen sprachlich abzubilden. Dies ist dringend notwendig, um der Diversität unserer Gesellschaft gerecht werden zu können. Durch die Nutzung geschlechtersensibler Sprache an Bildungseinrichtungen wird dies schon früh Alltag junger Menschen und sie können erwiesenermaßen freier und offener über Geschlechterrollen, auch ihre eigene, nachdenken. Der Landtag, die Landesregierung und ihre Mitglieder nehmen im Land eine Vorbildfunktion ein und sollten mit einem guten Beispiel für Toleranz, Gleichberechtigung und Progressivität voran-

gehen.

**JiL 34/22**  
**Philipp Koop**

*Verpflichtende psychologische Lehrgänge für Lehrkräfte, sowie  
Anpassung des Landesschulgesetzes Schleswig-Holstein, um  
psychisch kranke Schüler nicht zu benachteiligen.*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein und die Landesregierung werden aufgefordert, verpflichtende Lehrgänge für Lehrkräfte aller Schularten einzuführen. In diesen Lehrgängen soll über den Umgang mit psychischen Krankheiten und den daraus folgenden Einschränkungen aufgeklärt werden.

Besonders sollen auf die Krankheiten Soziale Phobie, Depression, Manie, AD(H)S, Panikstörung sowie Posttraumatische Belastungsstörung eingegangen werden. Diese Lehrgänge müssen durch Fachpersonen, wie Psychiater, Psychotherapeuten oder Schulpsychologen erfolgen.

Ebenfalls soll das Landesschulgesetz Schleswig-Holstein insofern angepasst werden, dass es Schüler\*innen mit psychischen Krankheiten ermöglicht wird ihren Schulabschluss trotz ihrer Krankheit/en genauso so gut zu absolvieren, wie psychisch gesunde Schüler\*innen.

Begründung: In meiner langjährigen Schulerfahrung ist mir ein Thema in den letzten Jahren besonders aufgefallen: „psychische Krankheiten in der Schule“. So gab es beispielsweise mehrere Fälle an meiner Schule, in denen Personen, auf Grund einer sozialen Phobie keine Vorträge

halten konnten. Jedoch fehlte einigen Lehrkräften das Verständnis für diese Krankheit und betroffene Schüler\*innen wurden dennoch dazu verpflichtet Vorträge zu halten, obwohl diese Ersatzleistungen, wie zum Beispiel Ausarbeitungen vorschlugen. Daraus folgende Gespräche mit der Schulleitung brachten Ernüchterung und den betroffenen Schüler\*innen wurde gesagt, dass sie die Vorträge halten müssten, andernfalls würden sie für „Arbeitsverweigerung“ Null Punkte (Note 6) erhalten.

Daraufhin entwickelte ein Schüler eine „Angststörung mit Panikattacken“ welche durch einen Psychiater attestiert wurde. Dieses Attest wurde dann der Schulleitung vorgelegt, worauf mit einer Zwangsbeurlaubung und der Aussage: „Sie sind nicht beschulungsfähig und müssen in Therapie gehen“ seitens der Schulleitung reagiert wurde.

Das Thema „psychische Gesundheit“ wird nach wie vor in unserer Gesellschaft totgeschwiegen, was immer noch an dem fehlenden Verständnis für psychische Krankheiten sichtbar ist. Mein Ziel ist es ein Zeichen für psychisch kranke Personen zu setzen und diese in ihrer schulischen Laufbahn zu unterstützen, um ihren Schulabschluss genauso, wie psychisch gesunde Personen, machen zu können.

**JiL 34/23**  
**Greta Radke**

*Verpflichtende Fortbildungen zum Umgang mit psychischen  
Erkrankungen für Lehrende an Bildungseinrichtungen in  
Schleswig- Holstein*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:** “Jugend im Landtag” möge beschließen:

Der Landtag Schleswig- Holstein wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Lehrende, also Lehrer\*innen und Dozierende, an Bildungseinrichtungen in Schleswig- Holstein mindestens ein Mal im Halbjahr/ Semester verpflichtend an einer weiterbildenden Veranstaltung zum Umgang mit psychischen Erkrankungen teilnehmen. Die Durchführung dieser Veranstaltungen obliegt unabhängigen Organisationen, die von der Landesregierung ausgewählt und regelmäßig in ihrer Arbeit überprüft werden.

**Begründung:** Mindestens jede fünfte minderjährige Person in Deutschland ist an einer psychischen Krankheit erkrankt. Der Umgang mit der Krankheit in der Bildungseinrichtung der betroffenen Person hat einen großen Einfluss auf den Verlauf der Erkrankung. Dennoch sind viele Lehrende unzureichend bis gar nicht über einen angemessenen Umgang informiert und tragen damit zu einer weiteren Belastung der Betroffenen bei. Alle Lehrenden sollten lernen müssen, bewusst mit ihrer Verantwortung umzugehen und das in den Fortbildungen Erlernte aktiv in das Unterrichtsgeschehen und den Umgang mit den ihnen anvertrauten jungen Menschen einzubringen. Dies betrifft beispielsweise den Umgang mit Leistungsdruck, Triggerwarnungen im Unterricht und zusätzliche Unterstützung betroffener Personen.

**JiL 34/24**  
**Jacqueline Kühl**

*Stärkung und Förderung von Schulsozialarbeitern*

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundestag

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, Schulsozialarbeit zu fördern, unabhängig vom Haushaltsplan der Schulen und mit Mitteln von Bund und Land. Da nach § 6 Abs. 6 SchulGe nicht festgelegt ist, in welcher Form Schulsozialarbeit gefördert werden soll, kann es verschieden ausgelegt werden, deshalb muss es eine gesetzlich verankerte Zweckbindung geben mit mindestens 2 Sozialarbeiter\*innen.

**Begründung:** Schleswig-Holstein ist das einzige Land in dem Schulsozialarbeit explizit im SchulGe erwähnt wird, damit sind wir Vorreiter im Bundesvergleich. Doch vor allem während der Corona-Pandemie ist psychische Betreuung zu kurz gekommen und auch so ist Schulsozialarbeit ein wichtiger Teil des Schulalltags, doch noch immer nicht im angemessenen Maße. Das Wegfallen von Schulsozialarbeit wäre eine nicht zu ersetzende Lücke. Wenn Fachkräfte fehlen, dann fehlt auch Zeit für Beziehungsarbeit und ohne eine tragfähige Beziehung ist keine inhaltliche Arbeit möglich. Mehr Sozialarbeiter\*innen wären daher sehr wichtig. Der Vorteil von Schulsozialarbeit ist die Armutsprävention und die daraus resultierende Chancengleichheit, die in Deutschland voll und ganz gegeben sein muss.

**JiL 34/25**  
**Melis Tas**

*Änderung der Vergabekriterien des Psychologiestudiums*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Es sollen weitere abiturunabhängige Kriterien für das Psychologiestudium (orientiert an der Medizin) festgelegt werden, damit mehr Menschen Psychologie studieren können, die eine bessere Eignung haben.

**Begründung:** Die Psychologiestudienplätze sind rar und sehr beliebt. Gerade in einer leistungsorientierten Gesellschaft gewinnt die mentale Gesundheit immer mehr an Bedeutung. Kein Wunder, dass der NC für das Psychologiestudium steigt. Dass Noten allein nicht darüber entscheiden, wie gut jemand später andere Menschen therapieren kann, ist es wichtig die aktuellen Vergabekriterien zu überdenken. Von Jahr zu Jahr steigt der NC und die Wartezeit für einen Studienplatz liegt allein in Lübeck bei acht Jahren! Noch 2019 hat das deutsche Verfassungsgericht die langen Wartezeiten im Medizinstudium für verfassungswidrig erklärt. Die Abiturnote soll nicht als einziges Kriterium für ein Psychologiestudium gelten. Hochschulen sollen mindestens ein weiteres Abiturunabhängiges Eignungskriterium festlegen, die bei der Bewerbung an Gewicht gewinnen.

**JiL 34/26**  
**Melis Tas**

*Bessere finanzielle Förderung für Studierende*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung, Bildungsministerium

**Antrag:** „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Bafög-Satz soll erhöht werden und die Beantragung soll einfacher gemacht werden. Für Studierende, die kein Anspruch haben, sollen weitere finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, die schnell und bürokratiearm zu beantragen sind.

**Begründung:** Das aktuelle Bafög-System ist mehr als ungenügend. Viel zu viele Studierende leben in Armut und können sich ein Studium nicht mehr leisten. Immer weniger Menschen bekommen Anspruch auf Bafög. Ein erfolgreiches Studium wird immer mehr vom Elternhaushalt abhängig, was die Klassenunterschiede zum Steigen bringt. Dadurch ist keine Chancengleichheit zu gewährleisten. Deswegen ist es wichtig, dass der Ansatz angepasst wird und mehr Studierende gefördert werden, damit das Studium für alle fairer wird. Ebenso sollen generell mehr finanzielle Möglichkeiten geschaffen werden, die bürokratiearm und einfach zu beantragen sind. Es darf nicht sein, dass Studierende mehrere Nebenjobs haben müssen, um ihre bloße Existenz zu sichern. Bildung ist ein wichtiges Gut und muss für alle gewährleistet werden.



Der Präsident des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Referat für Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [registratur@landtag.ltsh.de](mailto:registratur@landtag.ltsh.de)  
[sh-landtag.de](http://sh-landtag.de)

Gestaltung: amatik Designagentur, Kiel

Weitere Dokumente unter  
[sh-landtag.de/service/jugend-im-landtag](http://sh-landtag.de/service/jugend-im-landtag)